Dienstag, 3. Januar 1922. **Einzelnummer 15 Mark.** 31. Jahrgang. Nr. 2.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.—M
Reklameteil 120.—M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.—M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Eisenbahnerbewegung in Deutschland.

Die Ursache der gemeldeten Eisenbahnerausstände in Deutschland ist, daß die Eisenbahner sofortige Auszahlung eines Vorschusses verlangen. Wenn der Ausstand um sich greift, ist die Kohlenversorgung des übrigen Deutschlands bedroht. Es ist ohne Weiteres anzuerkennen, daß im Verhältnis zur Geldentwertung die Besoldung der Eisenbahner gering ist. Indessen ist es ein Unrecht gegen das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft, deshalb mit der Lahmlegung des gesamten Verkehrs zu drohen. Die Schuld liegt doch wo anders, was nicht scharf genug betont und hervorgehoben werden kann. Das Reich ist finanziell außer Stande, die Forderungen der Beamten zu bewilligen. Wenn sich die Regierung dennoch dazu bereit erklärt, so werden die Beamten und Angestellten trotzdem nicht ein höheres Einkommen erhalten, sondern nur ein Mehr an Papiergeldzeichen, deren Kaufkraft weiter sinken wird. Das ist die Folge der Wirtschatspolitik, die seit der Novemberumwälzung in Deutschland Trumpf ist, deren Schäden und Nachteile auch allgemein erkannt sind, ohne daß die verantwortlichen Reichsämter den Mut finden, endlich abzubauen. Gerade deshalb ist es ein Unrecht, wenn die Eisenbahner in irgend einem Teil Deutschlands zur Streikwaffe greifen. Ein Unrecht gegen das Volk, ein Unrecht und ein Verbrechen gegen sich selbst, da die durch Ausstände erzwungene Gehaltserhöhung die Teuerungswelle nicht abdämmen kann und wird. Erst wenn es gelingt, die Ursachen des wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Elends zu beseitigen, erst dann ist es möglich, die Lohn- und Gehaltsempfänger mit Geldzeichen zu bezahlen, die tatsächlich Kaufkraft besitzen.

Es ist notwendig, die Ursachen der Geldentwertung zu untersuchen. Sie ist einesteils die Folge der Schuldenwirtschaft des Reiches, sodann auch die Folge des allgemeinen Rückgangs der Erzeugung. Um diesen Rückgang eindeutig klar zu machen, genügt es, auf die Leistungs- und Beschäftigungsziffern im Verkehrswesen und im Bergbau hinzuweisen. Diese Wirtschaftsgruppen sind nicht willkürlich gewählt, bilden keine Ausnahme, lassen aber in den Ergebnissen einwandfreie Schlüsse zu. Wird die Belegschaft bei den Eisenbahnen im Jahre 1913 gleich hundert gesetzt, so steigerte sie sich bis Ende 1921 auf 136. Wohlgemerkt, dieser Steigerung entsprach nicht auch die Steigerung der Leistung. Obgleich die Belegschaft bei den Eisenbahnen stieg, wurde weniger geleistet. Bei den Gesamtleistungen beträgt das Verhältnis, wenn für 1913 wieder 100 gesetzt werden, für 1921 um 80 vom Hundert. Bei den Einzelleistungen ist es sogar noch ungünstiger, da hier die Verhältniszahlen 100 : 60 ausmachen. Das heißt, die Leistung der einzelnen Eisenbahner ist im Durchschnitt um mehr als ein Drittel gegen die Vorkriegszeit gesunken. Das gilt auch für den Bergbau. Die Belegschaftsziffer ist an sich ebenfalls gestiegen. Wo 1913 rund 100 beschäftigt waren, sind es gegenwärtig 141. Allein die Leistung ist für Kopf und Schicht von 1159 Kilogr. auf 831 Kilogr. zurückgegangen. Was in diesen rohen Zahlen nicht zum Ausdruck kommt, das ist, daß die Generalunkosten in dem Maße gestiegen sind, als die Belegschaftsziffer zugenommen hat, ohne daß die Erzeugung selbst gesteigert wurde. Nun versucht das Reichsverkehrsministerium den Ursachen der Not der Eisenbahner nachzugehen und sie abzustellen. Allein hier stößt sie auf den Widerspruch der Gewerkschaften und der Führer, die fürchten, der Achtstundentag könne Gefahr laufen. Es fehlt diesen Leuten an Mut, aber auch an Wirtschafts- und sozialpolitischer Einsicht, um offen einzugestehen, daß der schematische Achtstundentag an sich ein Fehlgriff war und ist. Er ist es besonders bei den Eisenbahnen. Hier ist die Regel, daß heute drei Arbeiter notwendig sind, um die Leistung zu verrichten, die früher von zwei Arbeitern oder Angestellten bewältigt wurde. Die unmittelbare Folge ist, daß sich die Generalunkosten erhöhen, die, da sie sich nicht durch die eigenen Einnahmen decken lassen, auf das Reich abgewälzt werden müssen. Wenn das Reich heute alle Forderungen der Eisenbahner erfüllt, ebenso die aller Beamten, dann ist sicher, daß sie kassenmäßig zwar mehr Papiergeldzeichen erhalten, aber noch über weniger Kaufkraft verfügen, als dies heute mit zahlenmäßig geringerem Einkommen der Fall ist. Mit Tücken und Abgrundtiefen des Kapitalismus hat das nichts zu tun. Geldzeichen sind kein Ding an sich, können also auch vom Staat nicht befehlsgemäß mit Kaufkraft ausgestattet werden. Diese Kaufkraft ist ganz und gar abhängig von der Stärke der Erzeugung. Die Geldzeichen sind an sich nichts anderes als Tauschmittel, das heißt, sie dienen zur Erleichterung des Güteraustausches. Das zeigt schon, daß sie nur dann Wert haben, wenn für jedes neue Geldzeichen auch die entsprechende Gütermenge in den Verkehr strömt. Das war früher die Regel, denn die Reichsbank gab nur Geldzeichen, Gold oder Banknoten her, wenn Warenwechsel vorgelegt oder Waren in Lombard gegeben wurden. Heute gibt sie ihre Geldzeichen auf die Schatzwechsel und Schatzanweisungen der Regierung aus, die ganz und gar ohne Sicherheiten sind. Diese Zusammenhänge sind bekannt. Trotzdem wird immer wieder versucht, den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau durch gewerkschaftliche Gewaltmittel zu unterbrechen. Wenn die Eisenbahner in den Generalausstand treten, so verhindern sie dadurch nur die tatsächliche Besserung ihrer Wirtschaftslage. Das ist selbst dann oder erst recht der Fall, wenn sie ihre Forderungen durchsetzen. Nur der Abbau des schematischen Achtstundentages, was die Steigerung der Erzeugung zur Folge haben muß, wird den Geldzeichen wieder Kaufkraft verleihen. Alles andere ist sozialpolitische Kurpfuscherei, das ins Verderben führt.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 31. Dezember. Die Versammlung der Großberliner Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes beschloß, alle Vorbereitungen zur Durchführung des Ausstandes zu treffen. Zu den Verhandlungen, die im Reichsverkehrsministerium begonnen haben, hat sich ein Vertreter des deutschen Eisenbahnerverbandes eingefunden und eine Erklärung abgegeben, in der der Streik gemißbilligt wird. Man hofft auf beiden Seiten, daß die Verhandlungen trotz der zurzeit noch bestehenden Widerstände und Gegensätze ein günstiges Ende nehmen werde. In Eisenbahnfachkreisen hat die Erklärung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und ihre Weisung an die Mitglieder, sich vorläufig der Streikbewegung fern zu halten, aber keine Streikbrecherarbeit zu verrichten, allgemeines Befremden erregt, da man meint, daß vorläufig nur wilde Einzelstreiks und demzufolge auch von Streikbrecherarbeit gar keine Rede sein kann.

Eine Lösung der Streiklage in Aussicht.

Berlin, 31. Dezember. (Telunion.) Gestern in später Abendstunde wurde folgende Erklärung abgegeben, die man wohl als ersten Schritt zu einer baldigen Lösung bezeichnen kann. Die unterzeichneten Parteien des Reichslohntarifvertrages geben die Erklärung ab, daß zwischen ihnen und dem Reichsverkehrsministerium über die Lohnverhältnisse der Arbeiter Verhandlungen geführt werden, die eine begründete Aussicht auf eine befriedigende Lösung bieten. Sie legen entschieden Wert darauf, daß in anderen Orten des Reichsgebietes keine Sonderverhandlungen gepflogen werden. Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Allgemeiner Eisenbahnerverband, der Reichsverkehrsminister Groener.

In Berlin keine wesentlichen Bahnstörungen.

Berlin 31. Dezember. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin ist bis gestern abend, obschon bei einzelnen Dienststellen ein Teil des Personals in den Streik getreten ist, sowohl der Fernverkehr als auch der Stadtring- und Vorortverkehr bis auf einige Züge planmäßig durchgeführt worden. Im Streik befinden sich in der Hauptsache die Maschinenputzer und die Kohlenlader, stellenweise das Rangierpersonal. Da eine weitere Ausdehnung des Streikes zu erwarten steht, ist heute vormittag mit erheblichen Störungen zu rechnen.

Das Reichskabinett und die Eisenbahnerkrisis.

Berlin 31. Dezember. Die auf gestern nachmittag anberaumte Kabinettssitzung der Reichsregierung, in der die Forderungen der Eisenbahner und die Streikbewegung besprochen werden sollten, wurde auf heute vormittag ½12 Uhr verschoben. Hingegen fand eine eingehende Aussprache des Reichskanzlers mit dem Vizekanzler Bauer, dem Reichsverkehrsminister Groener und dem Reichsfinanzminister Hermes über diese Fragen statt.

Streikausdehnung im Westen.

Berlin, 31. Dezember. Neue Arbeitsniederlegungen werden u. a. aus Aachen, München-Gladbach und Koblenz gemeldet.

Ein Hamburger Ultimatum.

Hamburg, 31. Dezember. Eine Funktionärversammlung der Ortsgruppe Hamburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in der über den Stand der Lohn- und Gehaltsbewegung berichtet wurde, stellte in einem Antrag ein Ultimatum für die Bewilligung der Forderungen der Eisenbahner bis zum 31. Dezember, 12 Uhr mittags.

Eine aufsehenerregende Verhaftung.

Koblenz, 31. Dezember. (Telunion.) Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Koblenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes Kalt ist hier verhaftet worden. Eine Anzahl Eisenbahnarbeiter hat inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß Kalt verhaftet worden ist, weil er entgegen der Verordnung der interalliierten Kommission die Streikparole ausgegeben hatte.

Keine Streikstimmung in Erfurt.

Erfurt, 31. Dezember. (Telunion.) Im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt herrscht vollkommene Ruhe. Bisher haben keine Versammlungen stattgefunden. Die Stimmung ist gegen den Streik.

Ein Aufruf des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Essen.

Essen, 31. Dezember. (Telunion.) Der Deutsche Eisenbahnerverband Bezirks- und Streikleitung Essen, veröffentlicht in der sozialdemokratischen Presse einen Aufruf, in dem es heißt: Das Reichskabinett habe mit dem Beschluß, die unter Streikandrohung gestellten Forderungen nicht zu bewilligen, dem Deutschen Eisenbahnerverband den schärfsten Kampf angesagt. Der Verband sei nun fest entschlossen, den Kampf für seine Forderungen mit aller Schärfe aufzunehmen. Der gestern um 6 Uhr begonnene Ausstand sei kein wilder, sondern ein von der Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgesprochener Streik.

Vorläufiges passives Verhalten der Bergarbeiter des Ruhrreviers.

Essen, 31. Dezember. (Tel.-Un.) Die „Essener Arbeiterzeitung" schreibt in einer Besprechung der Lage: Die Bergarbeiter des Ruhrreviers verhalten sich der Streikproklamation der Eisenbahner gegenüber vorläufig noch passiv, jedoch ist damit zu rechnen, daß auch die Bergarbeiterorganisationen einen Druck auf die Regierung ausüben werden, um den berechtigten Forderungen der Eisenbahner Geltung zu verschaffen, sobald sich rückwirkend Gefahren für das deutsche Wirtschaftsleben bemerkbar machen sollten.

Zunahme der Ausständigen im Kölner Bezirk.

Köln, 31. Dezember. (Tel.-Un.) Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Zahl der Ausständischen hat zugenommen. Eine Anzahl Dienststellen hat sich dem Ausstande angeschlossen. Der Personenverkehr wird im großen und ganzen aufrechterhalten. Gefahren werden außer den internationalen D-Zügen, die vom Verband gewünschten Züge, die Wiederherstellungskohlenzüge und nach Möglichkeit die Züge, die zur Verpflegung für Milch usw. nötig sind. Ein Abflauen des Ausstandes ist noch nirgends zu bemerken.

Keine deutschen Waffenlieferungen an Rußland.

Berlin, 1. Januar. (Telunion.) Die Meldung, daß die deutsche Regierung an die Sowjetregierung Waffen geliefert habe, ist völlig unzutreffend. Gemeint sind wahrscheinlich die Waffen der in dem Sowjetrussisch-polnischen Kriege übergetretenen russischen Truppen, die gemäß den internationalen Gebräuchen von der deutschen Regierung als Eigentum der sowjetrussischen Regierung bis zur Beendigung des Krieges in Wahrung ihrer Neutralitätspflicht aufbewahrt wurden und nunmehr der russischen Regierung zurückgegeben sind. Ein Ersuchen der Interalliierten Kommission auf Zerstörung der Waffen ist allerdings einmal gerichtet worden, aber nur aus dem Grunde, weil man seitens der Interalliierten Kommission glaubte, daß diese Waffen zur Bewaffnung Deutschlands dienen könnten. Da dieser Grund vollständig hinfällig war, fiel auch ein Grund für die Zerstörung der Waffen fort.

Aus Oberschlesien.

Der Termin der Angliederung an Polen.

Paris, 1. Januar. Die offizielle Angliederung des den Polen zuerkannten Teiles Oberschlesiens soll am 15. Januar stattfinden.

Die Vorbereitungen für Cannes.

Paris, 1. Januar. Der „Temps" berichtet von einer englisch-französischen Verständigung, nach der die Regierungen von Paris und London empfehlen wollen, daß Deutschland im Jahre 1922 an Barzahlungen nur vier Raten von je 125 Millionen Goldmark, die am 15. Januar, 15. Februar, 15. März und 15. April fällig wären, leisten soll. Im übrigen soll Deutschland nach dieser englisch-französischen Vereinbarung aufgefordert werden, gewisse Maßnahmen zur Sanierung seiner Finanzen zu treffen und vor allem die Ausgabe von Papiergeld einzuschränken. Die deutschen Kohlen werden Frankreich vom 31. Dezember 1921 ab mit dem Preis angerechnet, den die französischen Kohlen oder im Falle größerer Billigkeit die englischen Kohlen in St. Quentin abgeliefert, kosten. Frankreich verpflichtet sich, von Deutschland im Jahre 1922 Lieferungen im Werte von 1¼ Milliarden Goldmark und in den Jahren 1923 und 1924 von je 1⅓ Milliarden Goldmark zu übernehmen. Die Kosten der Rheinbesatzung dürfen, von den amerikanischen Truppen abgesehen, jährlich nur noch die Summe von 200 Millionen Goldmark erreichen. Von den zur Verfügung stehenden 1,5 Milliarden Goldmark, nämlich der Milliarde vom letzten Sommer und den bis zum 15. April fälligen 500 Millionen Goldmark, wird England 500, statt der im Abkommen vom 13. August vorgesehenen 450 Millionen Goldmark erhalten, während Italien die bei ihm deponierten 175 Millionen Lire erhalten wird. Dies alles sind nach dem „Temps" Vorschläge, die Frankreich und England gemeinsam der Konferenz von Cannes unterbreiten wollen. Der „Temps" kritisiert die Vorschläge scharf.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas.

Paris 1. Januar. Am 29. Dezember fand die erste Sitzung der englisch-französischen Finanzsachverständigen statt. Wie „Echo de Paris" berichtet, legte Kinderley einen Wirtschaftsplan für den Wiederaufbau Europas vor. Er schlägt unter anderm die Bildung eines internationalen Finanzkonsortiums für die Industrie- und Handelsangelegenheiten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Rumäniens, Deutschlands, Österreichs, Polens und Rußlands vor. Zweck der Organisation wäre der internationale Austauschhandel, wobei die Länder mit schwacher Valuta langfristige Kredite erhalten würden.

Deutschland und die Verbandsmächte.

U-Bootfrage und Rheinlandbesatzung.

Paris, 1. Januar. In der Frage der Unterseeboote steht eine Verständigung zwischen Frankreich und England bevor. Frankreich wird sich dem englischen Wunsche fügen. Frankreich scheint als Gegenleistung Zusicherungen Englands betr. einen Teil des großen französischen Entspannungsprogramms gefordert zu haben, das die Ersetzung der Okkupation der Rheingebiete durch ein von deutscher Seite bestätigtes französisch-englisches Abkommen über dauernde Entmilitarisierung der Rheinlande vorsieht.

Die Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Berlin, 1. Januar. Während sich Staatssekretär Fischer als offizieller Vertreter der deutschen Regierng in der französischen Hauptstadt aufhält, trägt Rathenaus Besuch inoffiziellen Charakter. Man nimmt deshalb in hiesigen unterrichteten Kreisen an, daß Rathenau nicht an den offiziellen Beratungen zwischen dem Staatssekretär Fischer und der Reparationskommission teilnehmen wird. Jedoch wird Rathenau mit der Reparationskommission in Fühlung bleiben. Man ist der Ansicht, daß von deutscher Seite im Januar beim besten Willen nicht mehr als etwa 200 Millionen Mark gezahlt werden können.

Die Botschafterkonferenz für den Umbau der deutschen Werke.

Paris, 1. Januar. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Deutschen Werke. Bis jetzt ist der Presse keine Mitteilung zugegangen. Es verlautet, daß die Entente nicht auf der Niederlegung der Deutschen Werke besteht, sondern dem Vorschlage des Generals Nollet entsprechend den Umbau der Werke unter der Voraussetzung gewisser Garantien genehmigt.

Eine Valutakonferenz in Genf.

Paris, 1. Januar. Nach dem „Matin" soll im Monat Februar nach Genf eine internationale Konferenz zur Regelung der Valutafragen einberufen werden. Es wird die Schaffung eines internationalen Organismus angestrengt werden, um die Banknotenausgabe in allen Ländern herabzusetzen und zu kontrollieren. Auch Rußland werde wahrscheinlich eingeladen werden.

Polens Handelsumsatz.

Warschau, 31. Dezember. Das Statistische Amt gibt folgende Zahlen an, die den Handelsumsatz Polens mit dem Auslande im November d. Js. betreffen. In der Einfuhr betrugen die Umsätze 321 490 Tonnen, darin aus Oberschlesien 255 077 Tonnen Kohle, was 79,3 Prozent der ganzen Einfuhr beträgt. Wenn Polen auch gegenwärtig genug Getreide besitzt, so hat es doch 9907 Tonnen eingeführt, was mit der Liquidation der vorjährigen Verträge bezüglich wichtiger Getreideforderungen für Oberschlesien in Verbindung steht. Nach Abzug des Getreides und der Kohle betrug die Einfuhr nach Polen im November 55 506 Tonnen, während vom 1. Januar bis zum 31. August durchschnittlich monatlich 70 147 Tonnen eingeführt wurden. Die Tendenz der Verminderung der Einfuhr deutet darauf hin, daß man bestrebt ist, alles das, was im Lande erzeugt werden kann, nicht vom Auslande einzuführen. Bemerkenswert ist die Zunahme der Einfuhr von Rohbaumwolle; im Jahre 1920 wurden monatlich 1906 Tonnen eingeführt, im Jahre 1921: 2810 Tonnen. Die Einfuhr von Jute machte im Jahre 1920 monatlich 197 Tonnen, im ersten Halbjahr 1921 430 Tonnen aus, im November 1921 dagegen 1174 Tonnen. Die Ausfuhr betrg im ganzen 146 998 Tonnen bzw. (nach Abzug von 10 386 Tonnen Kohle und 1463 Tonnen Getreide 135 149 Tonnen. Da in dieser Zahl eine große Menge Rohstoffe und Halbfabrikate, außerdem 55 600 Tonnen Industrieprodukte enthalten sind, kann man behaupten, daß abzüglich der Kohle und des Getreides die Ausfuhr im November einen größeren Wert darstellte, als die Einfuhr. Die wichtigsten Positionen der Ausfuhr sind: Rohpetroleum und seine Produkte 43 405 Tonnen, darin Rohpetroleum 8 Prozent, Holz (außer Brennholz) und Holzprodukte 52 633 Tonnen, Eisenerze 7480 Tonnen, Zement 4485 Tonnen, Fabrikate der mechanischen Industrie 1848 Tonnen, Hopfen 197 Tonnen, Sämereien 337 Tonnen (hauptsächlich Klee).

Danzig und Polen.

Die Aufhebung der Zollgrenze.

Danzig, 1. Januar. Die Zollgrenze zwischen dem Freistaat und Polen wurde heute aufgehoben.

Explosivstoffe für Polen.

Danzig, 1. Januar. Das lettische Schiff „Gania" lief am 30. Dezember in den neuen Hafen ein und brachte Explosivstoffe für Danzig.

Ein Zusatzabkommen zwischen Danzig und Polen

Warschau, 1. Januar. Während des Aufenthalts der Senatoren Jewelowski und Volkmann in Warschau wurde ein Zusatzabkommen zum Vertrage beschlossen, der zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig geschlossen wurde. Die polnische Regierung erklärte sich mit einer Aufhebung der Zollsätze für neun Monate gemäß dem genau festgestellten Kontingent für den Bedarf Danzigs einverstanden, um der Freien Stadt die Anpassung an die neuen Wirtschaftsbedingungen und die Erzeugung von Artikeln, die bisher aus Deutschland eingeführt wurden, in eigenen Fabriken zu erleichtern. Die polnische Regierung verpflichtete sich, Maschinen, die für den Bedarf Danzigs bestimmt sind, vom Zoll zu befreien. Nach Ablauf von neun Monaten werden diese Erleichterungen fortfallen.

Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens und des Zusatzabkommens.

Danzig, 1. Januar. Das Gesetz betreffend Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens mit Polen wurde vom Volkstag in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 25 Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung. Das Gesetz betreffend Ratifizierung des Zusatzabkommens wurde ebenfalls mit den Stimmen bürgerlicher Fraktionen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Danzig und Sowjetrußland.

Danzig, 1. Januar. Der diplomatische Vertreter Sowjetrußlands in Warschau, Karachan, weilte kürzlich in Danzig, um hier wegen der Errichtung einer sowjetrussischen Handelsvertretung in Danzig Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen einzuleiten. Diese Vertretung Rußlands in Danzig soll einen ähnlichen Charakter wie die in Berlin erhalten und besonders die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Freistaat Danzig und Sowjetrußland betreiben. Für später ist dann die Angliederung einer Paßstelle in Aussicht genommen. Mit der Leitung dieser Handelsmission soll dem Vernehmen nach der kommunistische Abgeordnete, Kaufmann Arthur Raube in Danzig-Langfuhr betraut werden.

Eine Tiroler Verwahrung gegen die Aufteilungspläne.

Innsbruck, 1. Januar. (Telunion.) Der Großdeutsche Nationalrat Dr. Straffler hat gestern im Namen der Großdeutschen Volkspartei einen Bericht über die politische Lage erstattet. Er kam dabei auch auf die Aufteilungs- und Anschlußpläne, sowie die Aspiration in Tirol zu sprechen. U. a. sagte er: „Die stärkste Partei des Landes die Christlich-Sozialdemokraten, erstrebten mehr denn je strengsten Separatismus und Föderalismus an. Nachforschungen haben ergeben, daß die gesamten Tiroler Parteien nicht den Anschluß an das Deutsche Reich im Sinne haben, sondern die Gründung eines Süddeutschen Staates erstreben. Solchen Separatismus machen wir nicht mit, das wäre Volksverrat." Straffler erklärte weiter: „Tatsächlich bestehen französische Pläne, dieses Süddeutschland zu schaffen und damit Großdeutschland auseinander zu reißen. Sollte in Tirol der Plan bestehen, solche Entschlüsse reifen zu lassen, so muß dieses unter allen Umständen verhindert werden."

Brasilianer gegen Versailles.

Während die Alliiertenpresse Amerikas den Versailler Vertrag auf das äußerste verteidigt, hat die brasilianische Presse in den letzten Monaten mit einer Deutlichkeit gesprochen, die den alliierten Staatsmännern bös in den Ohren geklungen haben mag. So schrieb „Correio da Manha" („Morgenzeitung", ein führendes Blatt in Brasilien):

„Die Alliierten haben Deutschlands Industrie ruiniert, seinen Handel erwürgt, seine Schiffe konfisziert, sein ganzes Arbeitssystem in Unordnung gebracht, sein ganzes finanzielles und wirtschaftliches Leben über den Haufen geworfen — wie kann da Deutschland eine Summe von 132 Milliarden Goldmark bezahlen? Nicht genug daran, sie haben die deutsche Ausfuhr mit Steuern von 12 Prozent belegt, die ebenfalls eine und eine halbe Milliarde Mark aufbringen. Es ist klar, daß eine Nation unter solchen Umständen den Anforderungen nicht nachkommen kann. Daher bat Deutschland um Verminderung der Forderungen, damit es nicht in jener Stunde, da es seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, heiße, es sei wortbrüchig geworden. Auf diese Bitte antworten die Alliierten mit der Besetzung der Ruhr.

Man ersieht daraus, daß die Pariser Forderungen ganz absichtlich gemacht worden sind. Die erste Rheinbesetzung genügte den Franzosen nicht. Sie suchten daher nach einem Vorwande, damit Foch seinen Vormarsch wieder antreten könne. Den Vorwand zu finden war ja nicht schwer. Aber die Alliierten mögen sich nicht täuschen. Die Welt lebt heute nicht mehr in der Illusion. Sie weiß, daß der Weltfriede nicht gefördert wird, wenn Frankreich ein großes Volk vernichtet. Keine Nation kann Frankreich auf diesem verbrecherischen Wege begleiten. Das Verschwinden Deutschlands vom Weltmarkte schädigt diesen dergestalt, daß gerade von ihm aus die heftigsten Vorwürfe gegen die Vernichtung gemacht werden.

Und die „Gazeta da Naticias" schreibt:

„Könnte die Zeit zurückeilen, so daß wir wieder 1914 schreiben könnten — wir sind gewiß, daß nach solchen häßlichen Erfahrungen, die die Welt mit ihnen gemacht, keine Nation sich an die Seite von England und Frankreich stellen würde. Wir, diesseits des Atlantik, haben nie das deutsche Volk bekämpft. Man hatte uns vom „preußischen Militarismus" gesprochen. Nie dachten wir daran, das Volk für drei, vier Generationen zu versklaven. Wilson hat uns in den Krieg geschleppt, weil er gesagt hat, daß nach Vernichtung des preußischen Militarismus wir alle dem Volke die Hand zur Hilfe entgegenstrecken würden. Sollte das deutsche Volk auch für Kriegsschäden aufkommen, so sollte doch die Grenze der Möglichkeit nicht überschritten werden. Ein Volk von 60 Millionen, im Zeitalter der Demokratie und der Freiheit, darf nicht unter das Schandjoch der Sklaverei getrieben werden."

Politische Tagesneuigkeiten.

Verhaftung des tschechischen Militärattachés in Ofenpest. Der tschechische Militärattaché in Ofenpest wurde von dortigen Polizeiorganen verhaftet und im Polizeigewahrsam behalten. Der Vorfall erregt großes Aufsehen und wird diplomatische Schritte der tschechischen Regierung zur Folge haben. Das Vorgehen gegen den Militärattaché, der gleichzeitig auch Mitglied der interalliierten Militärmission ist, wird mit seiner scharfen Stellungnahme gegen das ungarische Wehrgesetz in Zusammenhang gebracht.

Ein Mexikaner als Schiedsrichter zwischen Bulgarien, England und Frankreich. Der Vorsitzende des französisch-österreichischen Schiedsgerichts La Barra, ehemaliger Präsident von Mexiko, ist zum Schiedsrichter in einer Streitfrage zwischen England, Frankreich und Bulgarien ernannt worden. Es handelt sich dabei um die Erfüllung von Getreidekäufen, welche England und Frankreich bei Ausbruch des Krieges in Bulgarien getätigt hatten, deren Lieferung aber unterblieben war, trotzdem Frankreich und England den Kaufpreis bereits zu bezahlen begonnen hatten.

Das englisch-irische Abkommen. Das irische Parlament beendete die vertraulichen Beratungen über den englisch-irischen Vertrag. Es besteht die begründete Hoffnung, daß das irische Parlament diesen Vertrag ratifizieren wird.

Das Ende der Verhandlungen um den Besitz des Panamakanals. Die Verhandlungen zwischen Columbien und den Vereinigten Staaten um den Besitz des Panamakanals sind nunmehr abgeschlossen worden. Die Union gewährt Columbien eine Entschädigung von 25 Millionen Dollars und außerdem Vergünstigungen für die Durchfahrt columbischer Schiffe.

Republik Polen.

Die Ausbreitung des Flecktyphus. Die Warschauer Blätter [illegible] ihre Besorgnis wegen der Zunahme des Flecktyphus in Warschau. Im Dezember sind in der Stadt bisher über 100 Fälle gemeldet worden. Dem „Robotnik" zufolge haben sich in ganz Polen in diesem Jahre 40 000 Flecktyphusfälle ereignet, von denen etwa 4000 tödlich verlaufen seien.

† **Die Rückführung polnischen Besitzes aus Rußland.** In Warschau ist der Vorsitzende der polnischen Repatriierungskommission in Moskau, Olszewski, eingetroffen. Er hat einem Vertreter der „PAT" mitgeteilt, daß die Rückführung polnischer Kunstschätze fortschreite, während die Herausgabe von Fabrikanlagen usw. auf Schwierigkeiten stoße.

Deutsches Reich.

** **Aus dem Reichstag.** Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken brachte im Reichstage folgende Anfrage ein: „Nach Zeitungsmeldungen ist beabsichtigt, die Spanier, die von den spanischen Behörden der Teilnahme an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato bezichtigt werden, der spanischen Regierung auszuliefern. Entsprechen diese Meldungen der Wahrheit? Wie gedenkt die Reichsregierung die Auslieferung dieser politischen Verbrecher zu rechtfertigen? Hat sie, die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, Schritte getan, um eine Bestrafung der Ausgelieferten zu hindern, die dem Empfinden weiter Volkskreise in Deutschland widersprechen würde? Schriftliche Antwort genügt." — Ferner wurde vom Abgeordneten Gutknecht an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: „Im Hamburger Hafen werden zurzeit durch den Dampfer „Barmoor" englische Kohlen gelöscht, die von Hamburg—Altona mit der Bahn nach der Schweiz gefahren werden. Weitere Dampfer sollen in Kürze folgen. Zum Abtransport dieser Kohle werden reichlich Wagen von der Eisenbahnverwaltung gestellt, obwohl kurz zuvor wegen Mangels an Wagen nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Norddeutschland eine Kohlenknappheit eingetreten ist und auch jetzt nach Aufhebung der Sperren Kohlen immer noch in äußerst geringen Mengen nach Hamburg und Norddeutschland aus Wagenmangel gelangen. Zum Teil mußten wegen Kohlenmangels bereits erhebliche Sperren für Kraftbezug der Industrie und des Handwerks auferlegt werden. Niemand begreift es, warum plötzlich Wagen ausreichend vorhanden sind, um englische Kohlen für die Schweiz durch ganz Deutschland hindurch zu fahren, auf einem Wege, auf dem bisher Kohle nach der Schweiz wenig oder gar nicht gefahren worden sind. Sind der Reichsregierung diese Zustände bekannt und ist der Eisenbahnverkehrsminister bereit, dahingehend Abhilfe zu schaffen, daß in erster Linie deutsche Eisenbahnwagen zum Abtransport der Kohlen aus den deutschen Kohlenerzeugungsgegenden nach den Verbraucherstätten versandt und nicht zum Abtransport englischer Kohlen durch ganz Deutschland nach einem anderen Lande?"

** **Kein Kompromiß in der Steuerfrage.** Der „Vorwärts" erklärt die Meldung für unzutreffend, daß einige Tage vor Reichstagsbeginn die Führer der Koalitionsparteien zum Reichskanzler gerufen werden sollen um ein Kompromiß in der Steuerfrage herbeizuführen. Im übrigen steht die sozialdemokratische Partei unverändert auf dem Standpunkt, daß die Bewilligung von Verbrauchssteuern nicht eher zu rechtfertigen ist, als bis auch der Besitz in angemessener Weise zur Tragung der Gesamtlasten herangezogen wird.

** **Einberufung der Heereskammer.** Die Heereskammer ist für den 24. Januar, 11 Uhr vormittags in das Reichswehrministerium einberufen und wird am 24., 25. und 26. Januar tagen.

** **Umfangreiche Personalveränderungen in der Reichswehr.** Infolge der neuesten Forderung der Interalliierten Kommission, daß keine Stabsoffiziere in den Stellungen der Kompagnie-, Schwadron- und Batteriechefs verwendet werden dürfen, und daher abzulösen sind, hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Chefs der Heeresleitung in der Reichswehr unter dem 15. Dezember umfangreiche Veränderungen angeordnet, die jetzt bekannt gegeben werden und durch die der Forderung des Generals Nollet entsprochen wird. Die ihrer Stellung enthobenen Stabsoffiziere sind größtenteils in Stäben und bei höheren Kommandobehörden untergebracht, und dafür dort befindliche Hauptleute und Rittmeister in die Front versetzt worden. Durch die Forderung des Generals Nollet sollen auch erneut Verabschiedungen im Offizierkorps der Reichswehr, besonders in den höheren Dienstgraden, notwendig geworden sein, mit deren Bekanntgabe schon in allernächster Zeit zu rechnen sein soll. U. a. werden sehr wahrscheinlich auch zwei Divisionskommandeure, und zwar die Generale Freiherr von Hammerstein, Kommandeur der 2. Division in Stettin und ehemals Vorsitzender in der Waffenstillstandskommission, und von Müller, Kommandeur der 4. Division in Dresden, ausscheiden.

** **Dr. Wirth und seine Steuerpolitik.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Wirth einige Tage vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages die Führer der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahe zu legen, sich über ein Kompromiß über die Steuervorlage zu einigen. Wenn es auch nicht gelinge, bis zur Steuerberatung die große Koalition zu schaffen, so sei er doch davon überzeugt, daß es ihm gelinge, die genannten Parteien zu einem Kompromiß in der Steuerangelegenheit zusammenzuführen.

** **Weitgehende Begnadigung der Teilnehmer an der bayerischen Rätebewegung.** Wie amtlich mitgeteilt wird, wurden nach der letzten statistischen Zusammenstellung wegen Beteiligung an der Rätebewegung des Frühjahrs 1919 im ganzen in Bayern 407 Personen zu Festungshaft verurteilt. Weit mehr als zwei Drittel von ihnen haben im Wege der Einzelbegnadigung eine Bewährungsfrist erhalten. Hiernach wurde mit Gnadenakten so weit gegangen, als es in einem geordneten Staatswesen überhaupt möglich ist. Dabei wurde die Begnadigungsfrist nicht etwa, wie gelegentlich behauptet wurde, kurz vor Ablauf der Strafzeit bewilligt; im Gegenteil weitaus die Mehrzahl der Begnadigten hat einen sehr erheblichen Teil der Strafzeit nicht verbüßen müssen. Ein großer Teil hätte nur einen recht geringen Teil der Strafzeit zu verbüßen brauchen und eine nicht unbeträchtliche Anzahl hat für die ganze Strafe Bewährungsfrist erhalten.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(24. Fortsetzung.)

„Aber geh!" spottete die Tagelöhnerin und schüttete die Bohnen in eine Schüssel. „Mußt mich nicht für gar so dumm anschauen! Seit vierzehn Tagen rührst keine Arbeit mehr an, und der Hunger schaut Dir nur so zum Gesicht heraus —"

„Ich hab' keinen Hunger! Aber Geld hab' ich — ja! Dabei warf er sich patzig in die Brust, knickte aber schon im nächsten Augenblick erschrocken zusammen unter dem erstaunt fragenden Blick Steiners, der sich vom Bett aufgerichtet hatte und ihn forschend ansah.

„Nicht wahr ist's!" rief Lipp eilig und verschwand in seinem Bretterverschlag, der nichts enthielt, als ein Lager von Stroh, eine alte Kiste und einen wackligen Stuhl.

Das Ehepaar sah sich kopfschüttelnd an und setzte sich dann zum Essen an den Tisch.

Dabei sagte die Frau leise: „Ich kann mir halt nicht helfen, mit dem Burschen ist etwas nicht richtig! Ein richtiger Mensch wie andere war er ja nie, aber so verloren und verdreht, wie jetzt doch auch nicht! Und immer redet er von Geld . . ."

„Ach was," meinte der Mann, „wenn er eines hätte, würde er doch zuerst ans Essen denken, denn das ist bei dem die Hauptsache."

„Kann er's nicht gestohlen haben und sich jetzt nicht getrauen, es auszugeben? Anders kann ich mir sein scheues Getue nicht erklären. Er muß doch grausam Hunger leiden, denn etwas anderes als ein paar gefundene Abfälle oder ein paar heimlich gefangene Fische hat er in den letzten vierzehn Tagen bestimmt nicht gegessen. Und doch geht er nicht in die Arbeit!"

„Weil er seither ein fauler Strick war, der sich erst dann um Verdienst umsah, wenn ihm das Wasser, wie man sagt, bis an den Hals geht."

„Oder weil er sich scheut vor den Leuten! Hast Du nicht bemerkt, wie er einem in der letzten Zeit kaum Rede und Antwort steht, wie er immer an einem vorüberschaut und davonrennt wie närrisch, sobald ihm jemand in den Weg kommt? Nein, nein, ich lasse mir's nicht nehmen, mit dem Burschen ist etwas nicht in Ordnung!"

Das Geflüster der beiden verstummte für einen Augenblick, denn draußen hinter der Hütte hatte sich das ängstliche Gegacker einer Henne vernehmen lassen.

Frau Steiner hob aufhorchend den Kopf.

„Mir scheint, da hat sich eine Henne vom Brintnerhof verlaufen und findet in der Dunkelheit nicht heim."

„Sollen sich selber kümmern um ihr Viehzeug," brummte ihr Mann, der nicht gut auf die Nachbarsleute zu sprechen war, seit Justina ihn einmal ungerechterweise verdächtigt hatte, Kartoffeln aus ihrem Acker gestohlen zu haben

„Ich rühre nichts an, was denen gehört."

Nach einer Weile begann die Frau abermals flüsternd: „Und noch eins kommt mir verdächtig vor am Lipp. Hast nicht bemerkt, was er für ein Getue mit seinen Stiefeln hat? Früher ist er immer barfuß gegangen. Jetzt läßt er sie keinen Augenblick von sich. Wie wenn er auf einmal einen Schatz drin hätte!"

„Das ist wahr . . . aber —"

„Ich gäbe was drum, wenn ich sie mir einmal heimlich anschauen könnte! Wer weiß, was man darin finden würde?"

„Na, einen Schatz schon nicht," lächelte Steiner. „Wie sollte er zu einem solchen kommen?"

„Du mein! Dem traue ich's schon zu, daß er stiehlt, wo sich eine Gelegenheit dazu findet!"

„Wenn auch! Da müßte man auch etwas gehört haben, daß jemand bestohlen worden ist."

Die Frau schwieg, obwohl ihr unruhiger Blick verriet, daß sie noch etwas auf dem Herzen habe, dem Worte zu geben, sie sich offenbar scheute.

Draußen ließ sich jetzt abermals die Henne vernehmen. Sie gackerte und ihr Geflatter bewies, daß sie bemüht war, einen Aufsitz auf einen der Bäume zu versuchen.

Fast gleichzeitig öffnete sich die Tür von Lipps Verschlag und er huschte, nur mit Hemd und Hose bekleidet, heraus, dem Hüttenausgang zu.

„Wo willst Du denn noch hin, Lipp?" fragte die Tagelöhnerin.

„Ich —? Ah nichts — ich komme gleich wieder," damit war er schon an ihr vorüber ins Freie hinaus geschlüpft.

„Wohin wird er denn wollen? Der Henne nach halt —!" murmelte Steiner. Dann sah er sein Weib bedeutungsvoll an.

„Barfuß war er — jetzt hättest gleich eine Gelegenheit — ich paß auf an der Tür inzwischen.

Er stand auf und trat unter die Hüttentür, während die Steinerin in den Verschlag huschte.

„Achtung! Er kommt schon!" tönte dann wenige Minuten später sein Warnungsruf von der Tür her. Die Steinerin erschien wieder in der Stube. Sie war totenblaß. Stumm ließen beide den Knotzen-Lipp an sich vorüber.

(Fortsetzung folgt.)

Bunte Zeitung.

○ **Die Nachtsteuer.** In der Schwabenhauptstadt Stuttgart hat man eine neue Steuer erfunden: die Besteuerung des Vergnügens, länger als bis Mitternacht in den Wirtschaften zu verweilen. Wer also künftig länger als bis zur auf 12 Uhr festgesetzten Polizeistunde in einem Lokal sitzen will, hat dafür eine Steuer zu entrichten, und zwar für die erste Stunde 5 M., für die zweite 8 und für die dritte 10 M. Die Mitglieder der U. S. P. D. waren mit diesem Steuersatz nicht zufrieden und verlangten, daß die erste Stunde nachmitternächtlichen Vergnügens mit 500 M., die zweite mit 1000 und die dritte mit 2000 M. besteuert werden sollte.

⊙ **Bach und Hirsch.** „Ich trat in eine Musikalienhandlung," so wird in „Reclams Universum" erzählt, „und verlangte einen Klavierauszug zu der Bachschen Kantate: „Ihr werdet weinen". Die bebrillten Augen des Herrn Gehilfen starrten mich eine Weile geistentrückt an. Plötzlich begannen sie zu leuchten, und nun belehrte er mich mit höflich gedämpfter Überlegenheit: „Diese Kantate ist nicht von Bach, sondern von Hugo Hirsch; es ist auch nicht eigentlich eine Kantate, sondern ein Foxtrott, und in Wirklichkeit hat das Musikstück den Titel: „Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht!"

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 2. Januar.

Aus dem alten ins neue Jahr.

Der Uebergang aus dem alten ins neue Jahr hat sich auch diesmal in der üblichen Form aber unter Witterungserscheinungen vollzogen, wie man sie sonst um diese Jahreszeit nicht kennt. Ein an Heftigkeit kaum noch zu übertreffender Sturm fegte schaurig heulend und Sandmassen auftürmend durch die Straßen, zahlreiche Ziegel von den Dächern lösend, die zahllose Fensterscheiben zertrümmerten. Wenn nach dem alten Sprichwort Scherben Glück bedeuten, dann werden also viele Einwohner Posens auf ein „glückliches" neues Jahr rechnen können.

Die Einen begingen den Jahreswechsel im Familienkreise, der oftmals noch durch die Anwesenheit von Freunden und Bekannten erweitert worden war, unter dem strahlenden Christbaum bei Speise und Trank der gegen die Friedenszeiten nur insofern eine Aenderung erfahren hat, als die sonst üblichen Bowlen und Punsche infolge der Knappheit und der damit verbundenen hohen Preise der zu ihrer Zusammensetzung nun einmal gehörenden „Elemente" durch Kriegsersatz geändert worden war. Dagegen fehlten die üblichen Sylvesterpfannkuchen nicht. Man erging sich in Betrachtungen über das alte Jahr und über die Hoffnungen und Erwartungen, die man an das neue Jahr knüpft. Man ließ sich in dieser ernsten Beschäftigung auch nicht stören, als mit dem Schlage 12 auf den Straßen der übliche Neujahrsradau mit Prositneujahrrufen, mit Geschrei und Freudenschüssen, ohne die man sich hier wichtige Ereignisse kaum noch vorstellen kann, einsetzte. Von den Kirchtürmen mahnten die ernsten Glockentöne an die Feierlichkeit des Augenblicks in der Wendestunde zweier Jahre. Vom Rathausturme begrüßte eine Militärkapelle mit ihren teils ernsten, teils heiteren Weisen den Anbruch des neuen Zeitabschnitts. Der Neujahrsradau überschritt die sonst üblichen Grenzen nicht; die Polizeiorgane, die zwar hie und da Leute, die ihren Freudensausbrüchen und ihrer Begeisterung über den Eingug des neuen Jahres allzu lebhaften Ausdruck gaben, zur Ruhe ermahnen mußte, fand zur Festnahme von Personen keinen Anlaß. Am Neujahrstage selbst durchzogen — unseres Wissens in Posen zum ersten Male — Militärkapellen in den frühen Morgenstunden die Straßen der Stadt unter Vorantritt von maskierten Gestalten, die das Alte und das Neue Jahr darstellten. Eine Neuerung brachte der diesmalige Neujahrstag. Der Briefträger, der früher zu den ersten Neujahrsgratulanten gehörte und dafür eigentlich wohl von jedem Empfänger ein „Trinkgeld" in Empfang nehmen durfte, ist diesmal überall ausgeblieben, nachdem auf eine ganz neue Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums das Austragen von Postsendungen an Sonn- und Feiertagen aufgehoben worden ist. Als eine Verbesserung wird das Publikum diese Maßnahme zweifellos nicht ansprechen. Aber man muß sich, wenn auch widerwillig, eben in die mannigfachen Errungenschaften der Neuzeit fügen. Nach dem Fortfall der Sonntagsarbeit der Briefträger, d. h. also von Angestellten einer hochwichtigen Verkehrseinrichtung, wird man sich kaum noch wundern können, wenn demnächst auch ihre Wochentagsarbeit weiteren Einschränkungen unterworfen werden wird. — Das eigenartige Wetter, mit dem sich das Neue Jahr einführte, dauerte mit mehr oder minder großen Unterbrechungen am Sonntage an. Heut, d. h. also am 2. Januar, zeigte das Thermometer 8 Grad Wärme, nicht etwa, wie es wohl zu erwarten wäre, Kälte. In wetterlicher Hinsicht ein eigenartiger Jahresanfang, hoffentlich bleiben wir im Laufe des Jahres von allzu großen Überraschungen und Merkwürdigkeiten auf allen Gebieten verschont! hb.

Aufhebung des Sonntags-Postbestelldienstes.

Auf Anordnung des Post- und Telegraphenministeriums in Warschau ist der Sonn- und Feiertags-Postbestelldienst seit dem gestrigen Neujahrstage aufgehoben worden; ausgenommen von dieser Maßnahme sind Telegramme und Eilbotensendungen. Briefe, Postkarten, Zeitungen usw. werden an den Sonn- und Feiertagen hinfort nicht mehr bestellt. In den Kreisen der Bevölkerung wird man diese Maßnahme als eine Verkehrsverbesserung zweifellos um so weniger ansehen, als man in den kleinen Städten und auf dem platten Lande jetzt auf die gewohnte Zeitungslektüre verzichten muß und man gerade dort das Abgeschnittensein von der übrigen Welt um so mehr empfindet.

Die Auswanderung.

Wie leichtfertig und kopflos sich manchmal Auswandernde verhalten, zeigt folgender Vorfall:

Eine Frau K., bisher in Schwedenhöhe bei Bromberg wohnhaft, erinnerte sich bei ihrer Ausreise am 21. Dezember in Friedheim, daß sie den größten Teil ihrer Ersparnisse in deutscher Währung in Höhe von 840 M. in einer Düte verpackt in der Schublade eines Tisches, den sie tags vorher verkauft hatte, liegen gelassen hatte. Auf ihre Bitte sandte der Leiter des Auswanderertransports sofort ein Telegramm an das Bromberger Fürsorgekommissariat, worauf sich ein Beamter des letzteren sogleich an Ort und Stelle begab, um Nachforschungen anzustellen. Der ihm zufällig begegnende Polizeibeamte K., der Mitbewohner des fraglichen Hauses ist, erbot sich, ihn zurückzubegleiten. Auf Befragen erhielten die Herren von der Ersteherin des fraglichen Tisches, einer polnischen Rückwandererin aus Amerika, die das ganze Grundstück gekauft hatte, die Auskunft, daß in der Tischschublade nichts anderes gewesen wäre, als Makulatur, die sie herausgenommen hätte. Einige Tage darauf erschien nun aber die Käuferin des Tisches bei dem genannten Polizeibeamten K., der jetzt ihr Mieter ist, und teilte ihm mit, daß die erwähnte Geldsumme tatsächlich doch in der Schublade gewesen sei, und zwar zwischen dem Papier, das sie als Makulatur angesehen hatte. Ihr kleiner Junge hätte das Papier samt dem Gelde genommen und hätte damit gespielt. Gleichzeitig übergab sie dem Beamten das verloren geglaubte Geld, der es dann an das Fürsorgekommissariat ablieferte. So kommt die Auswanderin noch einmal zu ihrem Gelde.

Man kann den Auswanderern, die wahrhaftig bei dem schweren Unternehmen, das sie vorhaben, ein gerüttelt und geschüttelt Maß von Arbeit und Aufregung auf sich nehmen müssen, manches zugute halten, aber daß einer schließlich das Wichtigste und zum Leben Notwendigste im letzten Augenblick vergißt, geht doch über die Hutschnur.

Eichtage.

Um allen interessierten Personen die Möglichkeit zur Durchführung der behördlich vorgeschriebenen Erneuerung der Eichung zu geben, werden alle zwei Jahre in bestimmten Gegenden sog. Eichtage eingerichtet. Solchen Personen, die an diesen Eichtagen keine Eichung vornehmen, wird sich später keine solch günstige Gelegenheit zur Eichung bieten, sie werden hingegen gezwungen sein, ihre Maße und Gewichte an das zuständige Eichamt zu schicken, wodurch sie viel Zeit verlieren können. Personen, die der Pflicht der erneuerten Eichung nicht Folge leisten, unterliegen einer Geldstrafe von 1000 M. und ihre Maße und Gewichte werden zerstört oder gebrauchsunfähig gemacht.

Der Pflicht der erneuerten Eichung unterliegen alle Personen, die irgendetwas nach Maß oder Gewicht kaufen oder verkaufen. Der Pflicht unterliegen auch Großhändler, Brennereien, Mühlen, Zuckerfabriken, Konsumgeschäfte, landwirtschaftliche Genossenschaften, Molkereien, Fabriken, in denen die Arbeiterlöhne nach Maßen und Gewichten ermittelt werden, vor allem aber landwirtschaftliche Produzenten, die Vieh oder landwirtschaftliche Produkte nach Gewicht oder Maßen verkaufen. Alle Maße, Gewichte und beweglichen Wagen müssen zwecks erneuter Eichung in ein hierzu bestimmtes Lokal gebracht werden, ferner muß mit den Maßen usw. ein Zettel mit dem Namen und Adresse des Eigentümers mitgebracht werden. Alle Maße usw. müssen trocken und sauber sein, andernfalls werden sie zur Eichung nicht angenommen. Die Zustellung der Maße usw. hat in den Vormittagsstunden zu erfolgen. Die zu den Wagen gehörigen Teller und Schalen müssen mitgebracht werden. Die Eichgebühren sind sofort zu entrichten.

Vieh-, Brennerei- und überhaupt Dezimalwagen mit mehr als 1000 Kilogramm Wiegefähigkeit können erneut geeicht werden am Orte, wo sie sich befinden; zu diesem Zwecke muß sofort nach Beginn der Eichtage im Eichlokale ein entsprechender Antrag gestellt und mit dem Eichbeamten bezüglich des Zeitpunktes Verabredung getroffen werden. Die Antragsteller sind verpflichtet, für die für die Eichung erforderliche Zeit die Eichgegenstände aus dem Eichlokal zu entnehmen.

Die erneute Eichung von Fuhrenwagen, die alle drei Jahre stattzufinden hat, muß schriftlich im zuständigen Eichamt angemeldet werden. Grundsätzlich darf diese Eichung nicht in den Tagen, die für die erneute Eichung bestimmt sind, stattfinden.

Versteuerung der Miet- und Pachtverträge. Nach dem Stempelsteuergesetz vom 26 Juni 1909, das noch im ehemals preußischen Teilgebiet gültig ist, unterliegen sowohl mündliche als auch schriftliche Pacht- und Mietverträge der Stempelsteuer; diese ist für das Jahr 1921 im Laufe des Monats Januar 1922 fällig. Zur Entrichtung der Stempelsteuer sind die Verpächter und Vermieter verpflichtet.

Beisetzung. Die Beerdigung des verstorbenen Konditoreibesitzers Gustav Erhorn fand am Neujahrstage vom Sterbehause in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstraße) nach dem neuen St. Pauli-Friedhofe statt. Außer der Schützengilde und dem Ruderklub „Neptun" mit trauerumflorten Fahnen hatte sich ein stattliches Trauergefolge beider Nationalitäten zusammengefunden, das wohl am besten zum Ausdruck brachte, welche Achtung und Wertschätzung sich der Verstorbene zu erwerben verstanden hat. Eine unerschöpfliche Zahl von Palmwedeln und Kränzen bedeckte den Sarg. In der Friedhofskapelle hielt Geheimrat Staemmler unter Zugrundelegung des Schriftworts: „Fürchte Dich nicht, ich bin bei Dir und will Dich segnen" eine ergreifende Trauerrede, in der er ganz besonders und mit Recht unterstrich, daß das Leben des Entschlafenen nach dem Worte des Psalmisten köstlich gewesen ist; denn es ist Arbeit und Mühe gewesen. Dann wurde der Sarg nach dem Grabe getragen und nach Gebet und Segen beigesetzt. — Der Entschlafene war vor mehr als 1½ Jahrzehnten aus Süddeutschland nach Posen gekommen und hatte zunächst als Gehilfe in derselben Konditorei gearbeitet, die er später käuflich an sich brachte. Durch eisernen Fleiß brachte er das Geschäft auf seine jetzige Höhe. Vor etwa 5 Jahren erlitt Erhorn einen Schlaganfall, der ihn linksseitig lähmte. Die durch Reisen nach den verschiedenen Kurorten erreichte Besserung war trügerisch; die Krankheit setzte schließlich am vergangenen Donnerstag dem Lebenslauf Erhorns ein vorzeitiges Ziel.

× **Sein 25jähriges Dienstjubiläum** begeht heute Montag der Güterdirektor Nümmel in Wonsowo, Kr. Neutomischel. Er gehört zu den ältesten und bekanntesten landwirtschaftlichen Beamten des ehemals preußischen Teilgebiets.

Jagdschutz. In der Wojewodschaft Posen beginnt der Jagdschutz für Birk-, Sperber- und Fasanenhennen am 1. Februar.

Fußballwettspiel. Am Neujahrstag spielte „Posnania" gegen „Sokół" (Thorn). Das Ergebnis war 3 : 3 was insofern eine Überraschung bedeutete, als man mit einem sicheren Sieg der Thorner gerechnet hatte.

Polizeiliche Lebensmittelrevisionen. Im November fanden 67 Milchrevisionen statt. 17 Proben von Lebensmitteln, die als gefälscht verdächtig erschienen, wurden der chemischen Untersuchung zugeführt. Außerdem wurden zur Untersuchung geschickt: 1 Butterprobe, 1 Probe von Weizengrieß und 2 Proben von Backwerk. Um die Sanitätsverhältnisse in öffentlichen Verkaufsstellen zu untersuchen, wurden revidiert: 164 Fleischerläden, 68 Fleischerwerkstätten 178 Fischverkaufsstellen, 56 Bäckereien, 27 Kaffeehäuser und Konditoreien, 8 Obsthandlungen, 21 Delikatessenhandlungen 117 Kolonialwarenhandlungen, 4 Weinstuben 6 Probierstuben, 132 Speiselokale 4 Hotels, 18 Friseurläden, 1 Niederlage landwirtschaftlicher Produkte und 4 Milchläden. Mit Rücksicht auf den Verkauf alkoholischer Getränke an verbotenen Tagen wurden 160 Gastwirtschaften und 12 Destillationen untersucht. Auf Grund dieser Revisionen wurden Strafanzeigen erstattet gegen 2 Gastwirte wegen Verabreichung von Fleischspeisen an verbotenen Tagen, gegen 3 Delikatessenhändler wegen Verkauf von Fleischwaren an verbotenen Tagen gegen 8 Eigentümer von Lebensmittelhandlungen wegen unerlaubten Verkaufs von Fleischwaren, gegen 4 Fleischerläden und 2 Friseurläden wegen Unreinlichkeit, gegen 16 Bäcker wegen Brots ohne vorgeschriebenes Gewicht 2 Händlerinnen und 3 Fleischer wegen Nichtersichtlichmachung des Preises der zum Verkauf ausgestellten Waren.

× **Tot aufgefunden** wurde am Neujahrstage mittags in der Eichwaldwiesen der ul. Gen. Prądzyńskiego 5 (fr. Gneisenaustr.) wohnhafte 21jährige Arbeiter Jan Szewiński. Er hatte in der Silvesternacht an einem Tanzvergnügen in der Droga Dębińska (früheren Eichwaldstr.) teilgenommen und hat sich vermutlich im Alkoholdusel verirrt. Nach den an Ort und Stelle angestellten Ermittelungen ist der Tod vermutlich durch übermäßigen Alkoholgenuß erfolgt.

× **Von allzu großer Vertrauensseligkeit zeugt** ein Mißgeschick von dem ein Kaufmann in der ul. Niegolewskich (fr. Augustastr.) gestern betroffen worden ist. Er hatte einen 17jährigen Burschen als Laufjungen angenommen. Dieser scheint das Hauptgewicht auf die erste Silbe seiner Beschäftigung gelegt zu haben; er untersuchte wenigstens gestern den Geldschrank seines Arbeitgebers und lief mit 70—75 000 M. die er ihm entnahm davon. Nun war guter Rat teuer, denn der Kaufmann vermochte nur eine ungenaue Beschreibung des Bengels zu geben; seinen Namen, sein Alter usw. kannte er überhaupt nicht. Gleichwohl gelang es der Polizei, den kühnen Spitzbuben festzunehmen. Es handelt sich um den 17jährigen, obdachlosen Jan Odemski aus einem Dorfe bei Jarotschin. Das gestohlene Geld wurde bei ihm noch vorgefunden.

× **Bei einem Einbruch überrascht** war heute vormittag ein Einbrecher in Solatsch worden. Er sollte von einem Polizeibeamten in das Polizeigefängnis geschafft werden. Plötzlich ergriff der Verbrecher die Flucht und blieb trotz wiederholten Anrufs nicht stehen. Nun gab der Polizeibeamte einen Schuß auf den Flüchtenden ab und verletzte ihn so schwer, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Nähere Einzelheiten werden wir morgen mitzuteilen in der Lage sein.

× **Für 290 000 M. Kraftwagenschläuche und Reifen** sind in der Neujahrsnacht aus der Großpolnischen Kraftwagenfabrik durch Einbruchsdiebstahl gestohlen worden.

× **Eine dreiköpfige Einbrecherbande** deren ältestes Mitglied 25 Jahre alt ist, und auf deren Konto zahlreiche Wäschediebstähle zu setzen sind, ist von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Es handelt sich um die Gebrüder Adam und Valentin Kozieras und Stefan Ratajczak, denen eine Piekary 3 (früher Bäckerstraße) wohnende ältere Witwe Franziska Berska als Hehlerin diente die gleichfalls in Untersuchungshaft genommen wurde. Bei der Bande wurde eine große Masse Wäsche beschlagnahmt, deren rechtmäßige Eigentümer noch nicht ermittelt sind. Diese Wäsche kann im 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka (früher Ritterstraße) besichtigt werden.

---

* **Czempin,** 29. Dezember. In der Nacht zum 23. Dezember wurden hier in dem Schloßpark des Herrn von Delhaes auf Alt-Borowko sechs Ziertannen und eine besonders wertvolle Blautanne abgeschlagen, jedenfalls um als Weihnachtsbäume verwendet zu werden. Für die Ermittlung des Täters wurden von Herrn v. Delhaes 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. — In der Nacht zum 24. Dezember wurde auf dem Ehrenfriedhof der evangelischen Gemeinde ebenfalls die Blauedeltanne abgesägt. Vor einigen Wochen wurde durch einen Steinwurf von der Straße aus eine Gedächtnistafel des Kirchhofes zertrümmert.

S. **Rogasen,** 1. Januar. Die hiesige Ortsgruppe des Deutschtumsbundes veranstaltete am 27. v. Mts. im Saale des Herrn Fouqué eine Wohltätigkeitsaufführung zum Besten des hiesigen Waisen- und Rettungshauses. Gespielt wurde „Selbstlose Liebe", Volksstück in 3 Akten. Die Darsteller entledigten sich mit gutem Geschick ihrer teilweise nicht einfachen Rollen und ernteten bei den zahlreich erschienenen Zuhörern wohlverdienten Beifall. Der Tanz hielt die meisten der Erschienenen noch bis zu später Stunde in der fröhlichsten und heitersten Stimmung zusammen. Ein ansehnlicher Betrag verblieb als Überschuß.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	2. Januar	31 Dezember
3½% " " ohne Buchst.	—.—	220 + N
3½% " " Buchst. C	—.—	220 + N
4% " " Buchst. D u. E	—.—	260 + N
4% " " (neue)	—.—	260 + N
4% Pos. Pfandbr. (neu) m. poln. St.	—.—	90 + N
4% Pos. Provinzialobligationen	—.—	90 + N
3½ Pos. "	—.—	85 + N
5½% Obl. Cegielski	—.—	105 + N
6% Oblig. Banku Kred. Hipot. Warsz.	—.—	100 + N
Bank Związku I—IX em. ungest.)	—.—	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VIII	360 + A	360 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—.—	250 + N
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI em.	220 +	220 + A
Bank Ziemian I—III	—.—	225 + N
Centrala Skór I—IV (exkl. Bezr.)	—.—	230 + N
Wielkopolski Bank Rolniczy	—.—	200 + A
Pozn. Sp. Drzewna (ex. Bezr.) I—IV	—.—	615 + N
Wytwornia Chemiczna I—II	190 + A	190 + N
" " III	—.—	170 +
Hurtownia Związkowa	—.—	150 + A
Hurtownia Drog.	150 + N	155 +
Centrala Rolników I—IV (ex. Bezr.)	—.—	180 + N
Lubań	—.—	600 + N
Dr. Roman May I—IV (exkl. Divid.)	450 + N	450 + N
Cegielski I—VII em. (exkl. Bezugsr.)	190 + N	185 + N
Patria	370 + N	370 + N
C. Hartwig I—IV em.	310 + A	320 +
R. Barcikowski I—V em.	—.—	155 + N
Włókno	—.—	180 +
Homojan	—.—	200 + A
Inoffizielle Kurse:		
Bank Centralny	—.—	300 + N
Bank Poznański	—.—	120 + N
Bank Przemysłowców	—.—	200 + N
Bank Zjednoczenia	—.—	190 + N
Polski Bank Komisowy	—.—	150 + A
Bank Zbożowy „Ceres" Leszno	—.—	120 — N
Bank Stadthagen, Bydgoszcz	—.—	320 — N
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kupon)	500 + N	500 + N
Arcona	—.—	300 + N
Herzfeld-Viktorius	500 + N	270 + N
Sarmatia	—.—	370 + N
Pneumatik	145—150 +	145 + N
Trie	—.—	160 + N
Wyroby Ceramiczne Krotoschin	140 + N	140 + N
Hurtownia Skór I	250 + N	250 N
Hurtownia Skór II	—.—	225 + A
Zacz. Cegieln. Aug.-Gradowice	—.—	350 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—.—	220 — N
Iri	—.—	135 + N
Wisła	—.—	800 + N
Drzewo Wronki	—.—	210 + N
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—.—	200 +
Bentzki	—.—	510 + N
Kabel (exkl. Bezugsr.)	—.—	135 + N
Wagon Ostrowo	—.—	150 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich I-III	—.—	280 +
Wielk. Huta Miedzi	—.—	280-250-280 + A
Lucjan Nowiński	—.—	400 + N
Orient	—.—	192—195 + N
Dom Konfekcyjny	—.—	310 + N
4½% Pos. Pfandbriefe	230 + N	—.—
Tkanina	—.—	360 + N
Bławat	—.—	370 + N
Hurtownia Spółek Spożywcz.	—.—	150 + N
Lloyd Wielkopolski	—.—	130 + N
Precyzja	—.—	100 + N
Papiernia, Bydgoszcz	—.—	185 + N

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. Januar 1922.

Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	10 600—11 600	Weizenkleie	5300
Roggen	7 400	Roggenkleie	5200
Braugerste	7500—8000	Kartoffeln	3200—3500
Hafer	7500—8000	Schminkbohnen	11 000—12 000
Weizenmehl 70%	18 000 —19 000	Leinsamen	14 500—15 500
Roggenmehl 70%	10 000—11 000	Rübsen	13 000—14 000
Felderbsen	7500—8500	Odermennig	13 000—14 000

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: abwartend.

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 2. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.		Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	746,3	+9	W	13	Berlin	746,4	+10	W	9
Bromberg	742,3	+8	WNW	5	Stockh.	727,6	—	WSW	2
Lodz	744,2	+4	W	5	Wien	755,8	+7	W	15
Krakau	749,7	+4	W	7	Warschau	747,3	+6		13

Luftdruckverteilung über Europa: Die schon zwei Tage über dem Baltischen Meer bestehende Depression hat sich noch etwas verstärkt und scheint langsam nach Osten zu ziehen.

Wetterbericht für den 3. Januar: Vorwiegend bewölkt, zeitweise Regen, Temperatur über 0, starke westliche nach Nordwesten drehende Winde.

Aus dem Gerichtssaale.

Zwei Todesurteile.

* **Inowroclaw**, 31. Dezember. Zum Tode verurteilt wurden vom hiesigen Bezirksgericht die Mörder Korcz und Teller, die vor Jahresfrist in unserer Stadt an dem Schneider Lewandowski einen Raubmord verübt hatten. Die Verurteilten haben Berufung gegen das Urteil eingelegt.

* **Berlin**, 30. Dezember. **Tödliche Methylalkoholvergiftungen.** Erinnerungen an den vor mehreren Jahren verhandelten Methylalkoholprozeß, der seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, rief eine Verhandlung wach, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen wissentlicher Nahrungsmittelverfälschung, Steuervergehen und fahrlässiger Tötung in zwei Fällen war der Schankwirt Gustav Adam aus Berlin-Lichtenberg angeklagt. — Der Angeklagte hatte, wie viele seiner Berufskollegen, in der Zeit der Spiritusknappheit im Frühjahr vorigen Jahres von wilden Händlern, den Agenten einer in Galizien betriebenen heimlichen Spritbrennerei, mehrere Liter „Sprit" gekauft und von diesem Schnaps hergestellt. Obwohl schon einmal einigen Arbeitern, welche von diesem Schnaps getrunken hatten, übel geworden war, verkaufte Adam sein Gebräu weiter. Am 28. April verstarben der 62jährige Arbeiter Oskar Köhler und der 48jährige Arbeiter Neldner, welche bei dem Angeklagten mehrere Schnäpse getrunken hatten, unter Erscheinungen, die auf eine Methylalkoholvergiftung schließen ließen. Die Sachverständigen Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Pfleger und Geh. Med.-Rat Dr. Sander, bekundeten vor Gericht, daß als Todesursache eine Vergiftung durch Methylalkohol in Frage komme. Die ferner als Sachverständige geladenen Chemiker Dr. Müller vom Dr. Jeserichschen Institut und Dr. Büttner, welche den beschlagnahmten Schnaps untersucht hatten, bekundeten, daß es sich um einen aus Methylalkohol hergestellten Schnaps handele. Mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten erkannte das Gericht auf 1 Jahr Gefängnis und 900 Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

G. H. 4. Wir haben schon unendlich oft mitgeteilt, daß die Option vor dem Starosten allein nicht genügt, daß vielmehr, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen auch eine Option beim Deutschen Generalkonsulat in Posen, ul. Zwierzyniecka 15 (früher Tiergartenstr.) erforderlich ist, und zwar bis zum 10. d. Mts. Alle übrigen Fragen werden Ihnen dort beantwortet werden.

W. K. in G. 1. Wir halten es für ausgeschlossen, daß Ihre Stieftochter die Auflassung erhalten wird. 2. Die Frage, ob optieren oder nicht, ist von uns schon so oft im verneinenden Sinne beantwortet worden, daß sich die Beantwortung nunmehr wirklich erübrigt. 3. Die gerichtliche Erbschaftsauseinandersetzung dürfte sich gerade in Ihrem Falle dringend empfehlen. 4. Von der Beschreitung des Gerichtsweges in der Feuer-Entschädigungsfrage müssen wir unter allen Umständen abraten, da der Ausgang des Prozesses ganz ungewiß ist und Sie mit ganz ungewöhnlich großen Prozeßkosten zu rechnen haben werden.

E. H. in D. Was meinen Sie wohl, wohin das führen würde, wenn wir in dem ohnehin angesichts der Papierknappheit sich ins Ungemessene auswachsenden Briefkastenteil auch noch die Anfragen selbst veröffentlichen wollten? Im übrigen beantworten wir Ihre Anfragen dahin: 1. Die Option vor dem Starosten allein genügt nicht, es ist vielmehr auch eine solche vor dem deutschen Generalkonsulat erforderlich. 2. die gleichen Papiere, wie vor der polnischen Behörde.

W. Sch. in N. Ganz selbstredend wird die Kriegsinvalidenrente in Deutschland weitergezahlt.

B. W. 2. Der Polizei steht dieses Recht zu.

N. W. Po. Im September 1919 galt schon die Bestimmung, daß die polnische Mark der deutschen gleich zu rechnen ist. Von einem besonderen Kurse der polnischen Mark damals kann keine Rede sein. Sie sind mithin nur verpflichtet, die Summe in polnischer Valuta zurückzuzahlen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.